

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Hannover, 9. November 2007

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 9. November 2007 beschlossen:

Das Netto-Konzept der FDP

I.

Die konjunkturelle Erholung, wie sie auch im aktuellen Gutachten des Sachverständigenrates dargestellt wird, erreicht die Lebenswirklichkeit der meisten Menschen nicht. Statt dessen verhindern die größte Steuererhöhung der bundesdeutschen Geschichte – also die höhere Mehrwertsteuer, die höhere Versicherungssteuer, die Kappung der Pendlerpauschale, die Streichung der Eigenheimzulage oder der gekürzte Sparerfreibetrag – oder die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung, zur Gesundheitsversorgung und zur Pflegeversicherung, dass der Aufschwung überhaupt bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt. Unter der schwarz-roten Bundesregierung sind die jährlichen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger um fast 50 Milliarden Euro gestiegen. Eine Familie mit zwei Kindern wird dadurch im Schnitt um 1600 Euro im Jahr stärker belastet.

Deutschland verliert den Anschluss und die Menschen verlieren Chancen:

- Vor 15 Jahren stand Deutschland beim Pro-Kopf-Einkommen der damaligen EU-Mitglieder auf Platz drei. Heute steht Deutschland beim Pro-Kopf-Einkommen derselben 15 alten EU-Mitgliedstaaten auf Platz 11 und weltweit auf Platz 15.
- Laut Bundesfinanzministerium lag die Summe aller Steuern und Sozialabgaben 2006 bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt bei 40,4 Prozent. Im Jahr 2006 zahlte ein Arbeitnehmer im Schnitt 9291 Euro an Lohnsteuer und Sozialabgaben.
- Nach Darstellung des Bundesarbeitsministeriums lag der Nettoeinkommen nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben und bei Berücksichtigung der Preisentwicklung im Jahr 2006 nur noch bei 1320,43 Euro – und damit vergleichbar dem Nettoeinkommen von 1986.
- Stromsteuer und Abgaben auf den Strompreis haben sich seit 1998 versechsfacht. Ohne diese Belastungen könnte die Stromrechnung von Haushalten und Wirtschaft um 13,4 Mrd. Euro niedriger sein. Der Staatsanteil macht 40 Prozent der Stromrechnung eines durchschnittlichen Haushalts aus; rund 30 Prozent entfallen auf die Energieerzeugung, 30 Prozent auf das Netzentgelt. 1998 begnügte sich der Staat mit 25 Prozent.

- Mineralöl-, bzw. Energiesteuer sind inzwischen die drittgrößte Einnahmequelle des Staates. Wenn sich der Literpreis 1,50 Euro nähert, langt der Staat mit 0,66 Euro Energiesteuer (inkl. 0,16 Euro Ökosteuer) und 0,25 Euro Mehrwertsteuer zu.

Was der Staat den Bürgern an finanziellen Spielräumen nimmt, fehlt an anderer Stelle für Konsum, Investitionen und Wachstum:

- Die Zahl der Kfz-Zulassungen sank von Juli 2006 bis Juli 2007 um 8,3 Prozent – eine Folge der Mehrwertsteuererhöhung.
- Von Januar bis März 2007 wurden in Deutschland 48,7 Prozent (oder 38.600) Wohnungsbaugenehmigungen weniger erteilt als im Vorjahreszeitraum – auch eine Folge der weggefallenen Eigenheimzulage.
- Der Einzelhandelsumsatz im Jahr 2007 ging in fast allen Monaten (bis auf März) gegenüber dem Vorjahresmonat um zwischen 0,7 und 3,7 Prozent zurück.
- Die stark gestiegenen Lebensmittelpreise, aber auch die höheren Heiz- und Energiekosten haben, zusammen mit der verfehlten Steuererhöhungspolitik der Bundesregierung, zu einer erhöhten Inflation von 2,2 Prozent geführt, die sich für die Menschen derzeit finanziell nicht auffangen lässt.

II.

In einer Umfrage im Oktober äußerten 78% der Befragten das Gefühl, dass der Aufschwung an ihnen persönlich vorbeigeht und dass sie vom Wachstum nichts abbekommen. Die Wirtschaft boomt – und die meisten merken nichts davon und fragen sich erstaunt: Wo bleibt mein Aufschwung?

In einer Vielzahl von Umfragen wird deutlich: Die Menschen stehen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung skeptisch und sorgenvoll gegenüber. Die zögerliche und wenig konsequente Politik der schwarz-roten Bundesregierung ist nicht geeignet, den Menschen die Befürchtungen zu nehmen.

Die Unsicherheit der Menschen entsteht aus dem Gefühl, keine Verfügungsmacht mehr über ihr eigenes tägliches Leben zu haben. Der Staat greift in über großem Maß auf ihre hart erarbeiteten Löhne und Gehälter zu. Die Abzüge auf den Gehaltszetteln werden immer höher, die zur freien Verfügung stehende Nettosumme wird immer geringer. Brutto- und Nettolöhne driften immer weiter auseinander. Die Menschen sehen das zu Recht als Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit an.

III.

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass die Bürgerinnen und Bürger von einer guten Konjunktur auch persönlich profitieren. Die staatlichen Stellen müssen einsehen: Wir haben das Geld von unseren Bürgern nur geborgt.

Wir brauchen eine Politik der mutigen Entscheidungen, die auf Eigenverantwortlichkeit und Freiheit der Menschen baut. Wir brauchen eine Politik, die nach dem Prinzip „Mehr Netto vom Brutto“ darauf baut, dass die Menschen mit ihrem Geld besser umgehen können, als der

Staat. Der Abbau der Staatsschulden bleibt ebenfalls Ziel liberaler Politik, das gemeinsam mit Steuerentlastungen erreicht werden kann.

Mehr Wohlstand für alle durch mehr Netto vom Brutto ist das Ziel liberaler Politik.

- Mehr Netto nach Steuern und Abgaben: Deutschland braucht ein einfacheres, niedrigeres und gerechteres Steuersystem, damit sich Leistung wieder lohnt und die Bürgerinnen und Bürger endlich ihren Anteil am Aufschwung erhalten. Steuern und Abgaben müssen so schnell wie möglich gesenkt werden. Die Einkommensbesteuerung muss auf ihre eigentliche Aufgabe innerhalb der sozialen Marktwirtschaft zurückgeführt werden: Der Staat soll angemessen am Erwerbserfolg der Privaten teilhaben, um seine unausweichlichen Ausgaben zu finanzieren – nicht mehr und nicht weniger. Das heißt: Der Bürger behält mehr von seinem Geld zur freien und eigenverantwortlichen Verfügung.
- Mehr Netto zum Leben: Wir wollen, dass die Menschen mehr Geld zum Ausgeben haben. Eine Senkung der Belastungen beim Bürger schafft neue Nachfrage. Mehr Nachfrage stabilisiert den Aufschwung, sorgt für Investitionen und ermöglicht anhaltendes Wachstum. Wir wollen die Spielräume für Beitragssenkungen nutzen und streben deshalb eine Senkung bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung auf 3,0 Prozent an. Wir wollen keine Finanzierung von längerer Arbeitslosigkeit, sondern Arbeitslosigkeit beenden. Das schafft neue Arbeitsplätze und damit auch eine nachhaltige Verbesserung der Staatsfinanzen. Mehr Netto heute führt zu noch mehr Netto morgen.
- Mehr Netto vom Lohn: Gegen Mindestlohn und Kombilohn setzen wir das Bürgergeldkonzept. Denn gesetzliche Mindestlöhne sind beschäftigungsfeindlich. Liegt der Mindestlohnsatz unter marktgerechten Löhnen, bleibt er wirkungslos. Liegt er aber darüber, so vernichtet er Arbeitsplätze. So oder so: Gesetzliche Mindestlöhne sind eine arbeitsmarktpolitische Sackgasse. Nicht der Staat darf die Höhe der Löhne festlegen, sondern dies bleibt Aufgabe der Gewerkschaften und Arbeitgeber.
- Der richtige Weg ist, marktgerechte Löhne durch staatliche Mittel aus dem Steuersystem für den Arbeitnehmer aufzustocken und so ein sozial akzeptables Mindesteinkommen zu sichern. Dazu haben die Liberalen das Konzept des Bürgergelds entwickelt, das aktivierend, einfach und gerecht ist. Denn es sorgt für die finanzielle Versorgungsgrundlage und setzt gleichzeitig Anreize zur Arbeitsaufnahme.
- Mehr Netto für Verbraucher: Die deutschen Verbraucher zahlen jetzt die Zeche für die verfehlte Energiepolitik der letzten zehn Jahre. Die Bundesregierung muss endlich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass mehr Wettbewerb zwischen den Energieanbietern herrscht, damit die deutschen Verbraucher entlastet werden. Bis dahin hilft gegen überhöhte Preisforderungen nur der Wechsel des Versorgers, um mehr Netto übrigzubehalten. Monopole schaden Verbrauchern, Wettbewerb schützt Verbraucher. Die FDP fordert, mit den Erlösen des Emissionshandels die Stromsteuer zu senken.
- Mehr Netto für die Risiken des Lebens: Gegen eine ausufernde, die Bürger finanziell immer höher belastende Sozialbürokratie fordert die FDP die Einführung des Liberalen Bürgergeldes mit dem Ziel, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder in Kraft zu setzen. Nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe soll der Sozialstaat jedem Bürger die Chance sichern, so weit wie möglich aus eigener Kraft ein selbst bestimmtes Leben führen zu können. Nach dem Leistungsprinzip soll jeder Bürger die Chance be-

kommen, seine Lebenssituation eigenverantwortlich durch eigene Leistung zu verbessern. Nach dem Solidaritätsprinzip muss derjenige, der staatliche Leistungen in Anspruch nimmt, zu einer zumutbaren Gegenleistung an die Gesellschaft bereit sein. Um diese Prinzipien wieder in Kraft zu setzen, wird das gesamte Sozialsystem modernisiert: Möglichst alle steuerfinanzierten sozialen Hilfen des Staates werden auf die Bedürftigkeit der Bürger ausgerichtet, pauschaliert und in einem Universaltransfer, dem Bürgergeld, zusammengeführt. Darüber hinaus wird das Bürgergeld mit der Einkommensteuer zu einem Steuer-Transfer-System aus einem Guss verbunden. Steuern und soziale Hilfen werden im Finanzamt miteinander verrechnet. Bürger mit höherem Einkommen zahlen Steuern an das Finanzamt, Bürger mit niedrigem oder gar keinem Einkommen bekommen das Bürgergeld als eine negative Einkommensteuer ausbezahlt.

IV.

Der Sachverständigenrat rät eindringlich dazu, die derzeitige positive Konjunktur zu nutzen und warnt, das Erreichte nicht zu verspielen. In der Summe, so wird dort geschrieben, drängt sich der Eindruck einer stark in taktischen Manövern verfangenen, kurzsichtig agierenden Politik auf, während wichtige Probleme noch nicht gelöst, sondern allenfalls zaghaft angegangen oder gänzlich verdrängt werden. Zugleich vergrößert sich das Risiko, dass die Politik in Verkennung der Dauer des derzeitigen Aufschwungs schleichend die gerade erst gewonnenen finanziellen Freiräume wieder verspielt und damit die Auswirkungen kommender wirtschaftlicher Abschwächungen unnötig verschärft.

Mehr Netto vom Brutto ist das Gebot der Stunde. Die damit verbundenen und dafür notwendigen Reformen, insbesondere im Steuerbereich, müssen unverzüglich eingeleitet werden. Zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.